

# Antrag Ki&Ju 01: Kinder wahrnehmen. Kinder schützen. Kinder stärken. Kinder beteiligen. – Unsere jugend- und kinderpolitischen Forderungen nach über zwei Coronajahren.

Laufende Nummer: 139

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ki&Ju - Kinder und Jugendliche

1 **Kinder wahrnehmen. Kinder schützen. Kinder stärken. Kinder beteiligen. – Unsere**  
2 **jugend- und kinderpolitischen Forderungen nach über zwei Coronajahren.**

3 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich ein für eine Politik, die Kinder und Jugendliche  
4 ins Zentrum rückt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche mit  
5 ihren Bedürfnissen und Träumen wahrgenommen werden, geschützt werden, frei von Armut  
6 aufwachsen, konsequent bei Entscheidungen beteiligt werden und Integration und  
7 Teilhabe erfahren.

8 Über zwei Jahre und damit eine sehr lange Zeitspanne im Leben von Kindern und  
9 Jugendlichen waren diese massiv von Pandemie-Maßnahmen betroffen. Das Recht auf  
10 Bildung, das Recht auf Entwicklung, das Recht auf sozialen Austausch und viele  
11 weitere Kinderrechte wurden stark eingeschränkt. Familien standen vor ungekannten  
12 Herausforderungen und Problemen.

13 Es gilt nun die kurz-, mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Konsequenzen der  
14 Pandemie anzuerkennen und abzufedern. Wir werden nicht zulassen, dass sich  
15 Ungleichheiten weiter verstärken und sich - gerade junge - Menschen ohne Gehör,  
16 Perspektive und Anschluss fühlen. Wir begrüßen das Aktionsprogramm „Aufholen nach  
17 Corona für Kinder und Jugendliche, das von der Bundesregierung in Höhe von zwei  
18 Milliarden Euro beschlossen wurde, als wichtige Maßnahme. Um den pandemiebedingten  
19 Auswirkungen entgegenzuwirken, ist das aber nicht ausreichend. Es bedarf langfristig  
20 weiterer Maßnahmen und Angebote.

21 In der frühkindlichen Bildung hat sich der Platzmangel verschärft und die  
22 Bildungsgerechtigkeit in eine Schieflage gebracht. Auch hier bedarf es dringender  
23 Maßnahmen.

24 Gleichzeitig stellen uns neue Krisen vor neue Herausforderungen: Es herrscht Krieg in  
25 Europa, von dem aktuell Millionen Kinder und Jugendliche betroffen sind. Sie  
26 benötigen internationale Unterstützung, für die wir uns einsetzen. Für die Kinder und  
27 Jugendlichen, die allein oder mit Angehörigen nach Deutschland kommen, gilt: Wir  
28 werden alle Anstrengungen unternehmen, ihnen das Ankommen zu erleichtern und die  
29 unerträgliche Situation so gut wie möglich zu überstehen.

30 Wir setzen uns ein für eine Politik, die Kinder und Jugendliche ins Zentrum rückt und  
31 Teilhabe ermöglicht. Deshalb fordern wir grundsätzlich:

- 32 • dass Kinder und Jugendliche politisch wahrgenommen werden als Menschen mit ganz  
33 spezifischen, notwendigen Entwicklungsbedürfnissen – nicht primär als  
34 Schüler:innen, Studierende oder Azubis;
- 35 • bei Bundes- und Landesgesetzgebung ein Beschleunigungsgebot für Kinder-, Jugend-  
36 oder Familienpolitik: Eine Gesetzgebung, die die Folgen der Corona-Pandemie für  
37 junge Menschen abfedern will, muss im parlamentarischen Verfahren bevorzugt  
38 behandelt werden;
- 39 • dass die Gesetzgebung in Bund und Land darauf überprüft werden soll, wie sie  
40 sich auf junge Menschen auswirkt;
- 41 • geflüchteten Kindern und Jugendlichen unverzüglich Zugang zu Bildung,  
42 Spracherwerb und Freizeitangeboten zu ermöglichen und niedrigschwellige Angebote  
43 zur Verfügung zu stellen.

44 Daraus folgt für uns konkret:

#### 45 **Raus aus der Pandemie: Impfangebot für Kinder und Jugendliche**

46 Noch immer sind in Baden-Württemberg zu wenige Kinder und Jugendliche gegen das  
47 Corona-Virus geimpft. Das muss sich ändern. Denn die Impfstoffe gegen Covid-19 sind  
48 wirksam.

49 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 50 • mehr niedrigschwellige Impfangebote an Schulen in Baden-Württemberg zu schaffen.  
51 Die vorweihnachtliche Idee der Landesregierung einer Impf-Rallye an Grund- und  
52 weiterführenden Schulen haben wir begrüßt; dass dann statt einer  
53 flächendeckenden Impfkation nur Modellprojekte stattgefunden haben, kritisieren  
54 wir.
- 55 • es Jugendlichen ab 14 Jahren zu ermöglichen, sich auch ohne Zustimmung ihrer  
56 Eltern impfen zu lassen. Wir wollen, dass auch Kinder von Impfgegner:innen die  
57 Chance bekommen, sich vor dem Virus zu schützen.

#### 58 **Unsere oberste Priorität: Kinderschutz**

59 Der Schutz von Kindern vor Verwahrlosung, Missbrauch und emotionaler, sexualisierter  
60 sowie körperlicher Gewalt ist eine der wichtigsten Aufgaben staatlicher und  
61 zivilgesellschaftlicher Institutionen. Wir kämpfen für das Recht eines jeden Kindes,  
62 ohne Gewalt aufzuwachsen, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention verankert ist, und  
63 für die Erfüllung des in den UN-Nachhaltigkeitszielen verankerten Ziels, Missbrauch  
64 und Ausbeutung von Kindern, Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen  
65 Kinder zu beenden. Dabei war die Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung: In  
66 Pandemiezeiten waren viele Familien mit Kindern auf sich allein gestellt.  
67 Alltagsstrukturen brachen weg, die Schließung von Kita und Schule führten zu  
68 Isolation. Externe Unterstützung konnte nicht oder nur bedingt in Anspruch genommen  
69 werden. Überforderungen, Existenzängste oder Suchtprobleme belasten Familien und  
70 können im schlimmsten Fall zu häuslicher Gewalt führen.

71 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 72 • Schutzkonzepte in Kitas, Schulen und Jugendhilfe-Einrichtungen, die in Bund-

73 Länder-Kooperationen entwickelt und in Baden-Württemberg konsequent umgesetzt  
74 werden. Institutionen, die mit der Entwicklung von Schutzkonzepten überfordert  
75 sind, wollen wir unterstützen.

- 76 • Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung, Bildung und  
77 Betreuung für alle Kinder.
- 78 • ein Auditierungssystem für Vereine, Kirchen und andere Träger der offenen  
79 Jugendhilfe nach SGB VIII, um diese bei der Erstellung von Kinderschutzkonzepten  
80 zu unterstützen und diese regelmäßig zu evaluieren.
- 81 • eine kindersensible Justiz. Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung  
82 plant, in familiengerichtlichen Verfahren den Kinderschutz zu stärken.
- 83 • Peergewalt – also sexuelle Übergriffe und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen  
84 auch im digitalen Raum – entgegenzuwirken. Dafür wollen wir peer-gestützte  
85 Medienbildung ausbauen und Entwicklungsräume und Bildungsangebote schaffen, die  
86 gezielt die Medienkompetenz von Schüler:innen und Eltern fördern.
- 87 • das Angebot an psychotherapeutischer Betreuung und Behandlung muss deutlich  
88 ausgeweitet werden. Die Kassenärztliche Vereinigung in Hessen hat auf den Bedarf  
89 reagiert und Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeut:innen ohne Kassenzulassung  
90 für zwei Jahre eine Notfallzulassung ausgestellt, damit mehr Kinder behandelt  
91 werden können. Baden-Württemberg muss hier nachziehen. Dieses Modell sollte  
92 idealerweise bundesweit übernommen werden. Die vom Bund initiierte Reform der  
93 Psychotherapeut:innenenausbildung werden wir gerade im Hinblick auf zukünftige  
94 Therapieplätze und Behandlungskapazitäten für Kinder und Jugendliche kritisch  
95 und konstruktiv begleiten.
- 96 • verbindliche Kooperationsformate auf Landkreisebene, um für die Kinder- und  
97 Jugendhilfe wichtige Stakeholder an einen Tisch zu bringen.
- 98 • die Jugendhilfeplanung entsprechend konsequent fortzuschreiben.
- 99 • Qualifizierungsprogramme für Personen, die ehrenamtlich mit Kindern und  
100 Jugendlichen arbeiten.
- 101 • dass die Legalisierung von Cannabis kinder- und jugendschutzkonform erfolgt.

#### 102 **In der Bildung: Unterstützung statt Leistungsdruck**

103 Zweifelsohne: Corona hat bei vielen Kindern und Jugendlichen zu einem Bildungsdefizit  
104 geführt. Gleichzeitig hat die Pandemie die Bildungsungerechtigkeiten nur weiter  
105 verschärft. Das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg geht davon aus, dass  
106 fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen aufgrund der Pandemie Lernlücken  
107 aufweisen. Projekte wie „Überbrücke die Lücke“, „Rückenwind“ oder Lernbrücken in den  
108 Sommerferien sind keine adäquaten Lösungsansätze für diese Probleme. Stattdessen  
109 braucht es einen stärkeren Fokus auf die sozial-emotionale Entwicklung unserer  
110 Schüler:innen und Kinder. In der frühkindlichen Bildung besteht ein flächendeckender  
111 struktureller Platzmangel, der die Bildungsgerechtigkeit gefährdet und zahlreiche  
112 Kinder von Bildung, Förderung und Betreuung ausschließt. Wir stellen zudem fest, dass  
113 es Unterstützung bei den „Übergängen“ von Schule zu Ausbildung oder Studium braucht,  
114 weil der Mangel von Ausbildungsmessen und Berufs- und Studienberatung in den letzten

115 zwei Jahren Spuren hinterlassen hat.

116 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 117 • einen Paradigmenwechsel in der aktuellen Bildungspolitik: Nicht jede  
118 ausgefallene Unterrichtsstunde muss automatisch nachgeholt werden. Dies setzt  
119 Kinder und Jugendliche enorm unter Druck und lässt die sozial-emotionalen Folgen  
120 der Pandemie völlig außen vor. Erleichterte Möglichkeiten Schuljahre zu  
121 wiederholen mögen zwar auf den ersten Blick wie eine gute Lösung wirken,  
122 verschieben ein strukturelles Problem jedoch auf eine individuelle Ebene.  
123 Stattdessen müssen kurzfristig Wege gesucht werden, Bildungspläne zu  
124 entschlacken.
- 125 • Wir wollen prüfen, ob Abschlussprüfungen an weiterführenden Schulen über einen  
126 längeren Zeitraum angesetzt werden können, um den psychologischen Druck für  
127 Jugendliche zu reduzieren und eine leistungsgerechte Beurteilung zu ermöglichen.
- 128 • bei Unterstützungsbedarf Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten,  
129 sich fachlich begleiten zu lassen – sowohl individuell als auch in Klassen- und  
130 Gruppenkonstellationen. Neben Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe können in  
131 interdisziplinären Teams Schulsozialarbeiter:innen, Theater-, Sport- oder  
132 Tanzpädagog:innen, Psycholog:innen usw. gemeinsam und mit ihrer jeweiligen  
133 Expertise unterstützen (multiprofessionelle Teams), um Kinder und Jugendlichen  
134 bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen.
- 135 • Die Einberufung eines landesweiten Kitagipfels, um die frühkindliche Bildung  
136 ganzheitlich sicherzustellen und Maßnahmen zu erarbeiten, um Personal- und  
137 Platzmangel zu bekämpfen.
- 138 • die Schaffung eines Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern  
139 um den aktuellen Lernstand des Kindes zu evaluieren und geeignete  
140 Handlungsoptionen für den weiteren Verlauf der Bildungsbiographie zu prüfen.  
141 Soziale Stigmata, beispielsweise wenn ein:e Schüler:in eine Klassenstufe  
142 wiederholen möchte, sollen hierbei bewusst adressiert werden.
- 143 • dass für die Projekte zur Bekämpfung von Lernlücken und der Förderung der  
144 sozial-emotionalen Entwicklung sich künftig neben Lehramtsstudierenden auch  
145 andere Studierende, Tätige in der Jugend(verbands)arbeit, in Sportvereinen oder  
146 anderweitig zivilgesellschaftlich aktive Menschen engagieren können. Dabei muss  
147 der Kinderschutz stets oberste Priorität haben und erfordert stets die Vorlage  
148 eines erweiterten Führungszeugnisses. Praxisphasen beispielsweise in  
149 sozialpädagogischen Studiengängen könnten im Zuge dessen ausgebaut werden.
- 150 • Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein erfolgreicher Bildungspolitik,  
151 deshalb muss sie auch entsprechend gefördert werden. Perspektivisch soll das  
152 Land die Kosten der Schulsozialarbeit voll übernehmen.
- 153 • Aktuell muss aber zunächst die sich nachteilig auf die Kommunen auswirkende  
154 Festbetragsfinanzierung geändert werden in eine dynamisierte anteilige  
155 Drittelfinanzierung durch das Land.
- 156 • Quartiere und Familien mit Flucht- oder Migrationshintergrund in den Fokus zu

- 157 nehmen. Ganz im Sinne des community empowerments wollen wir dabei – wie beim  
158 Projekt interkulturelle Brückenbauer:innen – aus dem Betroffenenkreis heraus  
159 Unterstützung ermöglichen.
- 160 • die Stärkung der Jugendberufsagenturen und besondere Öffnung für Träger der  
161 Jugendhilfe.
  - 162 • dass junge Menschen bei der Ausbildungsfindung und in der Ausbildung unterstützt  
163 werden. Wir werden mit Kammern und Arbeitgeberverbänden kurzfristig mehr  
164 Praktikumsplätze schaffen. Wo Praktika nicht möglich sind, sollen zusätzliche  
165 berufsvorbereitende Kurse als Überbrückung angeboten werden. Durch längere  
166 Ausbildungszeiten sollen Lernlücken kompensiert werden.
  - 167 • Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein Bildungsangebot, um die Ausbildungschancen  
168 förderungsbedürftiger Jugendlicher zu verbessern. Das Land ist aus der Co-  
169 Finanzierung ausgestiegen und des Weiteren werden nur noch Abschlussklassen  
170 betreut. Wir fordern, dass das Land umgehend wieder seinen Anteil (25 Prozent)  
171 übernimmt und die Berufseinstiegsbegleitung wie zuvor ab Klasse 8 einsetzt.
  - 172 • Die schnelle Umsetzung der staatlichen Ausbildungsgarantie durch die  
173 Bundesregierung. Findet ein:e Jugendliche:r keine passende Ausbildung im  
174 Betrieb, bekommt sie:er die Möglichkeit, eine Ausbildung in einer  
175 außerbetrieblichen Einrichtung zu beginnen. Zum Beispiel in öffentlich  
176 finanzierten Lehrwerkstätten. Diese Einrichtungen kooperieren eng mit Betrieben  
177 in der Umgebung, wo die Azubis Praxisphasen absolvieren. Das oberste Ziel:  
178 Auszubildende an einen Betrieb vermitteln, damit sie ihre Ausbildung dort  
179 fortsetzen und beenden können. Ein besonderer Fokus soll hierbei auf Regionen  
180 mit einem schlechten Angebot an Ausbildungsplätzen liegen. Die Landesregierung  
181 fordern wir auf, die flächendeckende Umsetzung der Ausbildungsgarantie  
182 vorzubereiten und dabei alle regionalen Akteur:innen (Schulverwaltungen, Agentur  
183 für Arbeit, Betriebe und Gewerkschaften) einzubeziehen.
  - 184 • Außerdem wollen wir das Modell der Verbundausbildung stärken: Wenn Unternehmen  
185 eine Ausbildung nicht allein anbieten können, entsenden sie ihre Azubis  
186 phasenweise in einen Partnerbetrieb. Dort lernen die Azubis jene Arbeiten, die  
187 im eigenen Betrieb nicht vermittelt werden können (wegen fehlender Instrumente,  
188 Maschinen etc). Hierdurch steigt der Anreiz für kleinere Unternehmen,  
189 Ausbildungsplätze auszuschreiben.
  - 190 • den Ausbau der psychotherapeutischen Beratungsstellen in den Studierendenwerken.
  - 191 • Wir fordern zu prüfen, ob Regelungen der Hochschulen zur Maximalstudienzeit  
192 landesweit abgeschafft werden.
  - 193 • VKL-Klassen im Ganztagsbetrieb, damit Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher  
194 Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen auf die Integration in den  
195 Regelunterricht oder die Ausbildung vorbereitet werden.
  - 196 • In jeder Vorbereitungsstufe soll eine FSJler\*in bzw. eine BfDler\*in, wenn  
197 möglich und sinnvoll, eingesetzt werden.
  - 198 • eine kultursensible Pädagogik an Kitas und Schulen als Basis eines

199 wertschätzenden gesellschaftlichen Miteinanders.

200 • Zugang zu guter Bildung bleibt weiter essentiell: Wir fordern konsequente Lehr-  
201 und Lernmittelfreiheit und Schulen auf der Höhe der Zeit. Letzteres bedeutet,  
202 dass wir allen Schüler:innen und Studierenden Zugang zu geeigneter Hard- und  
203 Software ermöglichen und insbesondere im ländlichen Raum digitale Angebote  
204 ausbauen müssen.

205 • Neue Stellen als Kulturbotschafter\*innen werden zunächst als Pilotprojekt  
206 geschaffen, um bei der Integrationsarbeit zu unterstützen. Diese müssen als  
207 zusätzliche pädagogische Assistent\*innen finanziert und eingestellt werden und  
208 dürfen nicht mit Lehrer\*innen gegengerechnet werden.

### 209 **Jungen Menschen eine Stimme geben**

210 Kinder und Jugendliche haben in den letzten zwei Jahren die Erfahrung machen müssen,  
211 dass politische Entscheidungen getroffen wurden, die ihre Lebenswelt massiv  
212 beeinflussen. Sie wurden als Expert:innen für ihre eigene Lebenswelt nicht  
213 ausreichend ernstgenommen. Für uns ist klar: Kinder und Jugendliche sind nicht nur  
214 Baden-Württembergs Zukunft, sie haben in jeder Lebensphase ein Recht darauf  
215 ernstgenommen und mit ihren individuellen Bedürfnissen angehört zu werden.

216 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

217 • die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz: Kinder und Jugendliche haben  
218 besondere Bedürfnisse – sie benötigen Schutz, Förderung und das Ernstnehmen  
219 ihrer Meinung. Das Kindes- und Jugendwohl muss mehr ins Zentrum der Gesellschaft  
220 rücken. Dafür gilt es klar formulierte Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

221 • das aktive Wahlalter für Landtags-, Bundestags-, und Europawahlen auf 16 Jahre  
222 abzusenken. Langfristig wollen wir mit Jugendverbänden und Betroffenen in einen  
223 Dialog treten, wie wir das Wahlalter sukzessive den gesellschaftlichen  
224 Realitäten stärker anpassen können. Ergebnisoffen wollen wir über Jugendquoten  
225 und eine weitere Absenkung des Wahlalters bis zur Aufhebung der Altersgrenze  
226 diskutieren.

227 • Das passive Wahlalter für Gemeinderats, Kreistags-, Ortschaftsrats- und  
228 Bezirksbeiratswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Voraussetzung hierfür ist, dass  
229 minderjährigen Jugendlichen durch ihr Alter keine Einschränkungen bei der  
230 Ausübung ihres Mandats entstehen.

231 • eine Landesjugendstrategie, die Kinder und Jugendliche an sozialen und  
232 politischen Entscheidungsfindungen beteiligt. Die im Kinder- und  
233 Jugendstärkungsgesetz verankerten Selbstvertretungen können hierfür ein Vorbild  
234 sein.

235 • eine Reform des § 41a der baden-württembergischen Gemeindeordnung. Neben der  
236 verpflichtenden Beteiligung von Jugendlichen sollen zukünftig auch Kinder bei  
237 Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, verpflichtend in  
238 angemessener Weise beteiligt werden. Zudem wollen wir auch offene Verfahren der  
239 kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung stärken. Zusätzlich wollen wir in  
240 Zukunft einen Kontrollmechanismus einführen, mit dem die Umsetzung des §41a der

241 Gemeindeordnung sichergestellt wird.

- 242 • Um die Gemeinden bei der Kinder- und Jugendbeteiligung zu unterstützen, wollen  
243 wir ein entsprechendes Landesförderprogramm aufsetzen. Gemeinsam mit den  
244 kommunalen Spitzenverbänden wollen wir diskutieren, inwieweit  
245 Gemeindeentwicklungsprozesse gemeinsam mit Kindern- und Jugendlichen gestaltet  
246 werden können und wie das Land dies finanziell stärker unterstützen kann.
- 247 • Die wertvolle Arbeit und Expertise der Servicestelle Kinder- und  
248 Jugendbeteiligung BW fördern wir auch weiterhin und wollen diese bei Bedarf  
249 stärker finanziell unterstützen.
- 250 • Die institutionalisierte Vertretung von Kinder- und Jugendinteressen auf  
251 Landesebene. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für die Berufung eines/einer  
252 Kinder- und Jugendbeauftragte:n ein. Diese:r soll die besonderen Bedürfnisse und  
253 Interesse von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landesregierung durchsetzen  
254 und als Sprachrohr für die Spitzenverbände der Jugendhilfe und Jugendarbeit  
255 fungieren. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei zudem auf der Umsetzung der  
256 UN-Kinderrechtskonvention in Baden-Württemberg.
- 257 • Die politische Bildung ist ein Grundpfeiler für eine starke Zivilgesellschaft  
258 und ein demokratisches Miteinander. Die Arbeit der Landeszentrale für politische  
259 Bildung begrüßen wir daher ausdrücklich. Dabei wollen wir vor allem die  
260 regionalen Außenstellen der LpB stärker unterstützen und prüfen, inwieweit diese  
261 weiter ausgebaut werden können. Wir fordern zudem eine neue Oberstufenreform,  
262 die die Schwerpunktbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich  
263 ermöglicht.

#### 264 **Jugendarbeit ermöglichen und stärken**

265 Die Kinder- und Jugendarbeit wurde durch die Corona-Pandemie schwer getroffen. Viele  
266 Angebote konnten nicht oder nur in reduziertem Umfang stattfinden. Doch für viele  
267 Kinder und Jugendliche ist die außerschulische Jugendarbeit eine wichtige und  
268 identitätsstiftende Freizeitbeschäftigung. In Baden-Württemberg wird die Mehrheit der  
269 Jugendarbeit vor allem ehrenamtlich getragen. Dieses Engagement wollen wir stärker  
270 würdigen und unterstützen.

271 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 272 • eine langfristige, institutionelle und umfangreichere monetäre Förderung der  
273 hauptamtlichen Strukturen in der verbandlichen Jugendarbeit. Als  
274 Bemessungsgrundlage für die Förderung der Jugendarbeit sollen nicht die von der  
275 Corona-Pandemie besonders betroffenen Jahre 2021/2022 dienen. Für die Verbände  
276 dürfen die verantwortungsvollen, coronabedingten Absagen von Veranstaltungen  
277 nicht zum finanziellen Nachteil werden.
- 278 • Initiativen und Organisationen, die sich besonders um Jugendarbeit bemühen,  
279 allerdings über keine hauptamtlichen Strukturen verfügen, wollen wir stärker  
280 unterstützen. Dafür soll die Antragstellung für jugendspezifische  
281 Landesförderprogramme vereinfacht und entbürokratisiert werden.
- 282 • Analog zur Bildungszeit fordern wir für Schüler:innen, Azubis und Studierende

- 283 ein Recht auf Arbeitsbefreiung für ehrenamtlich relevante Fort- und  
284 Weiterbildungen. Für Studierende soll beispielsweise der Erwerb einer JuLeiCa  
285 (Jugendleitercard) als Schlüsselqualifikation anerkannt werden.
- 286 • Die JuLeiCa (Jugendleitercard) wollen wir zur Ehrenamtskarte weiterentwickeln.  
287 Dabei setzen wir uns dafür ein, dass eine kostenlose Beförderung in Bus und Bahn  
288 in Baden-Württemberg möglich ist, wenn JuLeiCa-Inhaber:innen aufgrund des  
289 Ehrenamtes unterwegs sind.
  - 290 • ein Landesprogramm zur Förderung von Neugründungen und Reaktivierungen von  
291 Jugendhäusern und öffentlichen Rückzugsräumen für Kinder und Jugendliche.
  - 292 • Förderung von Digitalseminaren auch über 2022 hinaus.
  - 293 • Freiwilligendienste stärken und fördern. Hier braucht es einen  
294 nachfragegerechten Ausbau der Plätze der Freiwilligendienste.
  - 295 • Unterstützung und Förderung bei zusätzlichen Angeboten der Jugend- und  
296 Sportverbände, sowie Musikschulen und Kultureinrichtungen
  - 297 • Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern: Mithilfe der MGH können Kinder und  
298 Jugendliche bei der Aufarbeitung von Entwicklungsrückständen und der Stärkung  
299 ihrer sozialen Kompetenzen unterstützt werden.

### 300 **Kinderarmut konsequent bekämpfen**

301 Deutschland ist immer noch einer der OECD-Staaten, in denen die Entwicklungschancen  
302 eines Kindes maßgeblich von seinem Elternhaus abhängen. Die Schaffung gleichwertiger  
303 Lebensverhältnisse und die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut hat für uns als  
304 Sozialdemokrat:innen oberste Priorität. Corona hat gezeigt, wie zahlreiche Maßnahmen  
305 insbesondere ökonomisch schwächer gestellte Familien besonders hart getroffen haben.  
306 Wir wollen, dass kein einziges Kind in Baden-Württemberg mit leerem Magen seinen  
307 Schulalltag bestreiten muss, an Ausflügen oder Freizeitaktivitäten nicht teilnehmen  
308 kann oder an seiner Selbstverwirklichung zweifelt. Wir setzen uns für einen starken  
309 Sozialstaat als Partner ein, der kein Kind in Armut zurücklässt. Wir wollen  
310 Kinderarmut konsequent bekämpfen und den Fokus auf die Chancen und Teilhabe aller  
311 Kinder und Jugendlichen legen.

312 Der Staat muss helfen, soziale Folgen abzufedern. Jede\*r soll das eigene Leben frei  
313 und selbstbestimmt gestalten können und die gleichen Chancen haben. Deshalb ist es  
314 wichtig, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen Unterstützung besonders  
315 gebraucht wird. Zudem muss bereits in der Kita und Schule der Grundstein für die  
316 gerechten Teilhabechancen gelegt werden. Nur so können Familien gestärkt und Kinder  
317 aus der Armut geholt werden.

318 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 319 • die Einführung der Kindergrundsicherung: Diese Grundsicherung wird die  
320 bisherigen finanziellen Unterstützungen für Kinder bündeln, also das Kindergeld,  
321 den Steuerfreibetrag, aber auch andere Leistungen, die oft von ärmeren Familien  
322 nicht in Anspruch genommen werden, weil sie sich schämen zum Amt zu gehen oder  
323 weil die Antragstellung zu kompliziert ist. Mit der Kindergrundsicherung werden  
324 bürokratische Hürden abgebaut und keine Familie muss in eine Situation gebracht



- 325 werden, beschämt um Leistungen zu bitten. Die Grundsicherung wird aus zwei  
326 Komponenten bestehen: Einem Garantiebeitrag, den alle erhalten und einem  
327 gestaffelten Zusatzbeitrag, der abhängig vom Einkommen der Eltern ausbezahlt  
328 wird. Das heißt, Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen erhalten  
329 automatisch mehr Geld. Bis zur tatsächlichen Einführung der Kindergrundsicherung  
330 bedarf es eines Sofortzuschlags, der von Armut betroffenen Kindern, die Anspruch  
331 auf Leistungen gemäß SGB II, SGB XII oder Kinderzuschlag haben, abgesichert  
332 werden. Die Leistung muss das soziokulturelle Existenzminimum abdecken.
- 333 • Reform des BAföGs für einen gleichberechtigten Zugang zu Studium und Ausbildung  
334 unabhängiger von den Eltern. Die Fördersätze, die Freibeträge und die  
335 Wohnpauschale müssen dynamisiert werden und dem realen Bedarf und den  
336 tatsächlichen Lebensverhältnissen der Auszubildenden und Studierenden angepasst  
337 werden. Das BAföG muss altersunabhängig und elternunabhängig werden, es muss  
338 wieder als Vollzuschuss ausgezahlt werden. Der elternunabhängige Garantiebetrag  
339 im Rahmen der Kindergrundsicherung soll direkt an volljährige  
340 Anspruchsberechtigte in Ausbildung und Studium ausgezahlt werden. Nur so kann  
341 garantiert werden, dass die Unterstützung direkt bei den Auszubildenden oder  
342 Studierenden ankommt.
  - 343 • Stärkung von Kitas, Schulen und sonstigen Angebote der Bildung und Teilhabe: Die  
344 Grundlage dafür, dass die Chancen für alle gleich verteilt sind und jede\*r die  
345 gleichen sozialen Aufstiegschancen hat, wird bereits in der Kita und Schule  
346 gelegt.
  - 347 • Besondere Stärkung von Schulen mit einem hohen Anteil finanziell benachteiligter  
348 Schülerinnen und Schüler: Damit Kinder unabhängig von der sozialen Lage ihrer  
349 Eltern bessere Bildungschancen bekommen.
  - 350 • Sprachliche Bildung und Förderung in der Kindertagesbetreuung: weil Sprache „der  
351 Schlüssel zu Welt“ ist.
  - 352 • Unterstützungsangebote für Familien in belasteten Lebenslagen mit Kindern bis  
353 drei Jahre, die für die Familien kostenfrei und ohne Antrag erhältlich sind,  
354 z.B. in Form von Familienpaten, längerfristige Begleitung durch  
355 Familienhebammen, digitale Beratungsangebote sowie Angebote der „frühen Hilfen“.
  - 356 • Kinderfreizeitbonus für Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien und  
357 Familien mit kleinen Einkommen, der individuell für Ferien-, Sport- und  
358 Freizeitaktivitäten eingesetzt werden kann. Denn für die Entwicklung der Kinder  
359 sind vor allem auch außerschulische und soziale Aktivitäten wichtig, für die  
360 jede und jeder die gleichen Chancen auf Teilhabe und freie Wahl haben sollte.  
361 Wichtig ist dabei die Etablierung dauerhafter und unbürokratischer Angebote für  
362 Lernförderung und soziokulturelle Teilhabe
  - 363 • Flächendeckender Ausbau von Ganztags-Kitas und Ganztagschulen. Insbesondere  
364 durch die rhythmisierte Ganztagschule mit pädagogischem Konzept und  
365 ausgebildeten Lehrkräften wird ein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit  
366 geleistet. Durch ergänzende Angebote von Vereinen wie Sport oder Musikunterricht  
367 werden wieder Zugänge geschaffen, die in der Pandemie zurückgefahren waren.

- 368 • kostenfreie Mittagessen in Schulen und Kindertageseinrichtungen.
- 369 • Die Einberufung eines Bildungsgipfels, auf dem sich Bund, Länder, Kommunen,  
370 Wissenschaft und Zivilgesellschaft über neue Formen der Zusammenarbeit und  
371 gemeinsame ambitionierte Bildungsziele verständigen sowie das Einsetzen einer  
372 Arbeitsgruppe, die die Zusammenarbeit strukturiert und verbessert und das  
373 Erreichen der Ziele sichert.
- 374 • Förderung von Familienerholungen. Das Land hat Zuschüsse für Familienerholung  
375 abgeschafft. Das gilt es wieder rückgängig zu machen. Nicht nur, aber gerade  
376 auch die Zeit der Pandemie hat insbesondere Familien mit Kindern vor besondere  
377 Herausforderungen gestellt. Nicht jede Familie kann sich jedoch einen  
378 Erholungsurlaub leisten. Deshalb ist es wichtig, Familien mit geringem Einkommen  
379 die Möglichkeit zu geben, kostengünstig Zugang und Anspruch auf einen Aufenthalt  
380 in einer Erholungsstätte zu ermöglichen.
- 381 • Damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Familien vorhanden ist, wollen wir  
382 verstärkt Quartiersentwicklung mit Geschosswohnungsbau vorantreiben. Wir sorgen  
383 für Naherholungsqualität für Kinder und Jugendliche durch Spielplätze,  
384 Sportangebote, Freiflächen und Begegnungsmöglichkeiten.
- 385 • Die stärkere Förderung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und  
386 Studierende. Weiterhin verfolgen wir das Ziel, bis zum Jahr 2030 für mindestens  
387 20% der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung stellen zu können. Analog zu  
388 Studierendenwohnheimen braucht es geförderte Wohnheime für Auszubildende.
- 389 Kinder und Jugendliche verdienen es, im Mittelpunkt unserer Politik zu stehen.